

Stuttgart, 03.07.2008

Übergangmanagement und abgestimmte Maßnahmeplanung im Übergang Schule-Beruf

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen	Beschlussfassung	öffentlich	11.07.2008
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	16.07.2008
Jugendhilfeausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	29.09.2008
Schulbeirat	Beratung	öffentlich	30.09.2008

Dieser Beschluss wird nicht in das Gemeinderatsauftragssystem aufgenommen.

Beschlussantrag

1. Von der Teilnahme der Landeshauptstadt Stuttgart am Bundesprogramm „Lokales Übergangmanagement“ (Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in den Jahren 2008 bis 2012) wird Kenntnis genommen (vgl. Anlage 1). Den Ausschüssen wird jährlich Bericht erstattet.

Die Verwaltung wird ermächtigt, befristet auf die Dauer der Projektlaufzeit

- zwei Mitarbeiter/-innen zu je 75 % in EG 13 sowie
- eine/n Mitarbeiter/-in zu 25 % in EG 6

ohne Blockierung von Planstellen zu beschäftigten. Die dadurch anfallenden Personalkosten sind durch Bundesmittel gedeckt.

2. Entwicklungsziele und das differenzierte Arbeitsprogramm mit den einzelnen Meilensteinen werden zur Kenntnis genommen und befürwortet. Erste Zwischenergebnisse werden im Frühjahr 2009 vorgestellt.
3. Die Ergebnisse der 1. Folgebefragung der Längsschnittuntersuchung „Stuttgarter Haupt - und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung“ werden im Herbst 2008 in die gemeinderätlichen Ausschüsse eingebracht.
4. Die Verwaltung wird zum Thema „Produktionsschule“ eine Arbeitsgruppe einrichten. Diese wird bis Ende 2008 einen Vorschlag vorlegen, wie Elemente

dieses Modells zur Verbesserung der Stuttgarter Angebotslandschaft, insbesondere bezogen auf Schulabbrecher/-innen, beitragen können.

Begründung

Zu 1: Neues Förderprogramm des BMBF:

„Perspektive Berufsabschluss/ Förderinitiative Lokales Übergangsmanagement“

Im Bereich der beruflichen Übergangsförderung wird in Stuttgart, insbesondere seit 2005, an einer Verbesserung der Kooperation und Verzahnung der Angebote gearbeitet (Kooperationsvereinbarung Fördersystem u25, Steuerungsgruppe u25, Jugendkonferenz und Jugendhearing, Längsschnittstudie).

Ziele sind, „Berufskarrieren statt Maßnahmekarrieren“ von jungen Menschen zu ermöglichen, Ressourcen effektiver zu bündeln und Doppelstrukturen abzubauen sowie ein aufeinander abgestimmtes Baukastensystem der Hilfen im Übergang Schule-Beruf zu entwickeln (Gesamtfördersystem u25).

Mit der Aufnahme der Landeshauptstadt Stuttgart in das Förderprogramm „Perspektive Berufsabschluss/Lokales Übergangsmanagement“ können die Ressourcen zur Umsetzung dieser Ziele erweitert und die bisherige Arbeit intensiviert werden. Mit Hilfe des Programms sollen nicht einzelne Ansätze bzw. Maßnahmen, sondern eine lokale Strukturförderung und der Aufbau einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft gefördert werden.

Ziel aller beschriebener Maßnahmen ist, den jungen Menschen bereits ab der sechsten, spätestens ab der siebten Klasse Hauptschule eine verlässliche Struktur und auf den einzelnen Jugendlichen zugeschnittene Maßnahme anzubieten, um den Jugendlichen einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf zu sichern.

- Die Landeshauptstadt Stuttgart ist eine von 27 Kommunen, die aus 172 Bewerbungen den Zuschlag für eine knapp vierjährige Förderung (01.05.2008 - 31.03.2012) in Höhe von insgesamt 650 000 € erhalten hat. Durch diese Bundesförderung sind die gesamten Kosten (Personalkosten und Sachkosten) des Projektes gedeckt. Darüber hinaus sind von der Stadt keine weiteren finanziellen Mittel aufzubringen.
- Die Gesamtverantwortung für das Programm „Lokales Übergangsmanagement“ liegt beim Ersten Bürgermeister. Die Federführung, Geschäftsführung und Projektleitung liegt beim Jugendamt. Das federführende Jugendamt leistet gegenüber dem Ersten Bürgermeister und der Politik eine kontinuierliche Berichterstattung.
- Das Team „Lokales Übergangsmanagement“, bestehend aus zwei inhaltlichen Mitarbeiter/-innen (je 75 %, Eingruppierung in EG 13), Honorarkräften und einem Anteil Verwaltungskraft (25 %, Eingruppierung in EG 6), wird im Jugendamt angesiedelt sein. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Stellen ab dem 01.09.2008 besetzt werden können. Die Besetzung dieser befristeten Stellen erfolgt außerhalb des Stellenplans. Die dadurch anfallenden Personalkosten sind zu 100% durch den Bundeszuschuss gedeckt.

- In der Steuerungsgruppe u25, in der die Spitzen aller im Arbeitsfeld der beruflichen Übergänge beteiligten Systeme (Agentur für Arbeit, JobCenter u25, Jugendhilfe, Schule, Arbeitsförderung, Stabsstelle Integration) zusammenarbeiten, werden alle Entwicklungsschritte und Projektaufträge miteinander abgestimmt und über die Maßnahmeplanung entschieden.
- Der Aufbau eines Übergangsmanagement wird als ein kommunikativer (Planungs- und Weiterentwicklungs)Prozess verstanden, in dem verschiedene Akteure, (Migrations)Gruppen und Träger im Rahmen eines kommunalen Strukturmodells (siehe Anlage) eingebunden sind.

Zu 2. Entwicklungsziele und Arbeitsprogramm

Die Entwicklungsziele für den Arbeitszeitraum sind folgendermaßen formuliert:

1. Verbessertes Übergang am Startplatz Schule, insbesondere Aufbau einer individuellen Begleitung von der 8. Klasse bis zum 1. Halbjahr in Ausbildung (Lotsen, Mentoren, Berufseinstiegsbegleiter - Gedanke, siehe auch Beauftragung im Rahmen des Doppelhaushaltes 2008/2009).
2. Aufbau von Elternberatung, insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund, damit diese unterstützt werden, ihre Kinder im beruflichen Übergang gut begleiten zu können.
3. Stärkere Einbeziehung des Engagements der örtlichen Wirtschaft.
4. Verbesserung der lokalen Datenlage, Aufbau eines Monitorings und einer gemeinsamen d. h. ressortübergreifenden kommunalen Berichterstattung
5. Umsetzung einer abgestimmten, aufeinander aufbauenden Maßnahmeplanung.

Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Ziele (Stand Mai 2008)

Was?	Schritte	Zeitraum	Ergebnis/ Meilenstein
1. Verbesserte Datenlage	Bestandsaufnahme „Angebote an allgemein bildenden und beruflichen Schulen“	August 2008 – Oktober 2008	Reader
	Bestandsaufnahme „Aktualisierter Gesamtüberblick Angebote im beruflichen Übergang“, incl. Praktika	Okt. 2008 - Dez. 2008	Gesamt-Reader
	Aufbau einer Internetplattform „Angebote in Stuttgart“ und Pflege der Plattform	Januar 2009 – März 2012	Öffentlich zugängliche Internetplattform über aktuelle Angebote für Jugendliche
	Konzeptentwicklung „Ressortübergreifendes Berichtswesen“	Febr. 09 – Sept. 09	Grundkonzept lokale, ressortübergreifende Berichterstattung

	Grundkonzept		„Übergang Schule-Beruf“
	Umsetzung Berichtswesen	Januar 2010 – Dez. 2011	Fortlaufende ressort-übergreifende Berichterstattung
	Aufbau einer Datenbank – individuelle Verläufe	August 2009 – Juli 2011	Vorhandene Datenbank
	Aufbau einer Wirkungsevaluation	November 2009 – Juli 2010	Evaluationskonzept zu Wirkungsweisen
	Umsetzungsprozess Wirkungsevaluation	Sept. 2010 – März 2012	
2. Aufbau einer Individuellen Übergangsbegleitung	Auswertung der Übersicht „Angebote an Schulen“	Nov. 2008 – Febr. 2009	Basisinformationen und Ansatzpunkte für Koordination der Angebote an Schulen
	Vorbereitung, Durchführung und Auswertung Jugendkonferenz „Startplatz Schule“	Nov.. 2008 - Juli 2009	Austausch und abgeleitete Handlungsempfehlungen
	Weiterentwicklung der vertieften Berufsorientierung mit der Agentur für Arbeit	Okt. 2008 – Juli 2009 und fortlaufend	Weiterentwicklung des Konzeptes
	Konzept Elternberatung entwickeln und umsetzen	Januar 2009 – Nov. 2011	Grundkonzept und Umsetzungserfahrungen
	Konzept Übergangsbegleitung: Prüfung von Modellen aus anderen Städten und Entwicklung eines Grundkonzeptes, exemplarische Umsetzung an einzelnen Schulen	Okt. 2008 – Mai 2009	Vorlage eines Grundkonzeptes zum Doppelhaushalt
3. Zusammenarbeit: Hilfesysteme und Wirtschaft	Überblick: Engagement und Kooperationsmodelle Stuttgarter Betriebe/ Ansprechpartner	Schwerpunkt 2009/2010 und fortlaufend	
	Interviews mit Wirtschaftsvertretern zu Ansatzpunkten aus ihrer Sicht		
	Auswertung der Interviews und Ableitungen für Konzepte		
4. Abgestimmte Maßnahmenplanung	Sichtung und Auswertung des aktualisierten Gesamtüberblicks Bewertung und Ableitung von Konsequenzen	Januar 2009 – Juni 2009	Arbeitsgrundlage
	Einrichtung einer Arbeitsgruppe: Konzept zur Vorgehensweise; Entwicklung einer Grundvorstellung		Arbeitspapier für die Steuerungsgruppe u25
	Verbesserte lokale Koordination der verschiedenen EU-, Landes- und Bundesprogramme im Bereich u25	Mitte 2009- Ende 2011	Erfolgte Koordination und implementierte Struktur: Gezielte Einsetzung von Mitteln im Hinblick auf ein Übergangsmanagement und den lokalen Bedarfen soweit

			in den bestehenden Strukturen/Vorgaben möglich
--	--	--	--

**Zu 3: STUTTGARTER LÄNGSSCHNITTUNTERSUCHUNG
Haupt- und Förderschüler/-innen auf dem Weg von der Schule
in den Beruf“**

Im November 2007 fand die zweite Befragungswelle der jungen Frauen und Männer statt, die im Sommer 2007 die Schule beendet haben. Die Ergebnisse der 1. Folgebefragung liefern insbesondere Informationen dazu, ob die Jugendlichen ihre Pläne realisieren konnten, in welcher Ausbildungsstation sie sich nun befinden, wie sie diese Platzierung selbst bewerten und welche Faktoren Einfluss auf die Platzierung im November haben. Der schriftliche Bericht wird vor der Sommerpause vorliegen und kann im Herbst in den Ausschüssen bezogen auf kommunale Konsequenzen und Konsequenzen diskutiert und in das Arbeitsprogramm „Lokales Übergangsmanagement“ aufgenommen werden.

**Zu 4: PRODUKTIONSSCHULEN
Teil allgemein bildender Schulen oder ein Instrument der
Benachteiligtenförderung?**

Von der SPD-Gemeinderatsfraktion wurde im Rahmen des Doppelhaushaltes eingebracht, den Ansatz der Produktionsschule auf eine sinnvolle Umsetzung in Stuttgart hin zu prüfen. Im Schulbeirat im November 2007 wurde der Ansatz der Kasseler Produktionsschule vorgestellt und kontrovers diskutiert. Gleichzeitig beschäftigen sich derzeit verschiedene Träger von berufsvorbereitenden Hilfen mit gleichnamigen Konzepten.

„Produktionsschule“ ist ein Sammelbegriff für verschiedene Ansätze, die wiederum mit unterschiedlichen Zielgruppen verbunden sind. Kern ist ein Bildungskonzept, das nicht primär auf ein Lernen aus Büchern, sondern auf einer durchgehenden Verbindung von theoretischem und praktischem Lernen und einem praktisches Lernen an realen Kundenaufträgen entlang abzielt. Schüler/-innen lernen und arbeiten an realen Aufträgen externer Kunden. Es soll der praxisbezogene Aspekt zur Verdeutlichung der Theorie und umgekehrt der theoretische Aspekt in die Praxis einfließen und damit ein umfassender Lernprozess ermöglicht werden. Bestehende Produktionsschulen in Deutschland wenden sich bislang vor allem an Jugendliche ohne Schulabschluss, bei denen zu erwarten ist, dass sie kein anderes schulisches Angebot annehmen werden und junge Menschen, die bereits mehrere Angebote der qualifizierenden Berufsvorbereitung abgebrochen haben.

In einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Referate KBS, SJG und WFB werden die unterschiedlichen Ansätze, die mit dem Begriff „Produktionsschulen“ verbunden sind, aufgearbeitet, bewertet und auf die konkrete Situation in Stuttgart hin überprüft. Den gemeinderätlichen Ausschüssen wird bis Ende 2008 das Ergebnis vorgestellt und ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreitet.

Finanzielle Auswirkungen

Die Gesamtkosten (Personal- und Sachkosten) des Programms belaufen sich auf rund 650 000 EUR. Diese Kosten werden zu 100% aus den Zuschüssen des Bundesprogramms finanziert. Der städtische Haushalt wird durch die Teilnahme an diesem Programm somit nicht belastet. Die Abwicklung erfolgt im Unterabschnitt 4070 – Verwaltung der Jugendhilfe.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Das Referat KBS hat die Vorlage mitgezeichnet.

Vorliegende Anfragen/Anträge:

Erledigte Anfragen/Anträge:

Michael Föll
Erster Bürgermeister

Gabriele Müller-Trimbusch
Bürgermeisterin

Anlagen

Anlage 1: Vorhabenbeschreibung "Aufbau eines Lokalen Übergangsmanagements" der Landeshauptstadt Stuttgart/ Stand Mai 2008

<Anlagen>